

**Lokomotivführern** und tadelt es, daß die Lokomotivführer solange auf Anstellung als Lokomotivführer warten müssen. Grund zu klagen hätte die Verteilung der Feuerungsanlage gegeben. Die Arbeiterausschüsse müßten häufiger auf Antwort von ihren Behörden warten. Ferner klagt Reiner Anstellungen an der Kleinstenstellung und dem Arbeitsverhältnis. Das bedürfte einer gründlichen Nachprüfung, ob nicht vielfach gänzlich ungenügende Löhne gezahlt werden.

**Minister Breitenbach:** Die Verwaltung habe das größte Wohlwollen für die Arbeitervereinigungen, aber eine Grenze müsse sie ziehen: Alle Vereine müssen sich von ordnungsfeindlichen Bestrebungen fernhalten. Drömmungswidrig sei das Bestreben zur Sozialdemokratie, aber auch die Forderung, durch Massenstreik wirtschaftliche Ziele durchzusetzen. Öffentlich wird der große Trierer Eisenbahnerverband sich dieser Auffassung anschließen. In der Arbeiterbewegung billigen im allgemeinen diese Haltung der Regierung. Alle Wünsche der Beamten seien nicht erfüllt. In den Forderungen nach Lohnerhöhungen solle man vorsichtiger sein. Jede 10 Pfennig Erhöhung bedeute eine jährliche Mehrausgabe von 10 Millionen Mark. Zu bedenken sei doch auch, daß die Eisenbahn dauernde Arbeit bietet, daß die Pensionen ihre Leistungen in den letzten 10 Jahren um 110 Prozent gesteigert habe. Die Avancementsverhältnisse der Lokomotivführer seien genau geregelt und würden genau eingehalten. Die Lokomotivführer würden mit 26 Jahren angeheilt und mit 34 Jahren Lokomotivführer. Anrechnung besonderen Urlaubs auf den regelmäßigen Urlaub finde höchstens in Ausnahmefällen statt.

**Abg. Weisig (Str.)** bepricht ebenfalls Einzelheiten der bisherigen Debatte und bittet Vorzüge zu treffen, daß die Eisenbahnbeamten gegen übertragbare Straftaten geschützt werden.

**Abg. Wolf (nat.)** bemängelt die Avancementsverhältnisse der höheren Techniker. Die Juristen seien weit besser gestellt und kämen schon in der Mitte der dreißiger Jahre in selbständige Stellungen, während die Techniker bis zur Mitte der vierziger Jahre warten müßten.

**Minister Breitenbach:** Ein Teil der Beschwerden der höheren Techniker werde voraussichtlich bei den Besoldungsvorlagen durch Ausgleich der sonstigen Einkünfte erledigt werden. Die Bedeutung der einzelnen Inspektoren sei zu verschieden, als daß alle Leiter solcher Inspektionen den Direktionsmitgliedern gleichgestellt werden können. Ganz entschieden lehne er die Forderung der höheren Techniker auch für administrative Zwecke zu verwenden. Schon Minister v. Tschirner habe sich ebenso geäußert. Wozu führten denn die Techniker die Höheren der höheren Techniker nach Gleichstellung. Aber die Gegenläufe, die sich herauszubilden könnten, müßten beleuchtet und auf das richtige Maß zurückgeführt werden. — Diese Debatte wird darauf geschlossen.

**Abg. Horn (nat.)** bittet, den Beamten, die Auskünfte zu erteilen haben, besondere Remunerationen zu gewähren.

**Abg. König-Greifeld (Str.)** wünscht Unterstützung von Witwen und Waisen.

**Minister Breitenbach** gibt eine kurze entgegenkommende Antwort.

**Abg. Schröder-Cassel (nat.)** tritt für Fahrpreiseremäßigungen für Krankeisenbahnmitglieder ein.

**Abg. König-Greifeld (3.)** befragt die Frage der Woffahrtseinrichtungen, der Wohnungsfrage, der sanitären Einrichtungen, der Alkoholbekämpfung. Auch die Gesellschaften sollten gefördert werden und die höheren Beamten sollten nach Möglichkeit Fühlung mit diesen Vereinen behalten. Die Füsse der Agitation könnten nicht so viel verderben, wie gute und leuchtende Worte und Befandlung von Seiten der Vorgesetzten Segen schaffen könne.

**Abg. v. Savigny (3.)** hofft, daß der gegenwärtige Verband sich über den Trierer Verband vom Ministerische ebenso günstig aussprechen werde, wie der vorige. Der Trierer Verband verdiene wegen seiner Loyalität alle Förderung. Zu wünschen wäre, daß die Arbeiter nach 10—15 Jahren den Beamtencharakter erhielten. Die Verschiedenheiten in der Urlaubserteilung und der damit verbundenen Freizeithilfe müßten beseitigt werden. Zum Schluß bittet Reiner den Minister, die Vertreter der Organisationen der Handwerker und Arbeiter doch ruhig in Verbindung treten zu lassen. Darin könne keine Gefährdung der Disziplin erblickt werden.

**Minister Breitenbach:** Der Verbrauch alkoholfreier Getränke durch das Eisenbahnpersonal sei in erfreulichem Maße. Der Trierer Verband habe während seiner Amtszeit keinen Anlaß zur Mißgunnung gegeben. Der Minister erklärt deshalb, daß er dem Verband durchaus nicht untreulich gegenüber stehe. Bedenklich würde es sein, wenn es zugelassen würde, daß die Arbeiterausschüsse unter sich in Verbindung treten. Das würde über ihre Aufgabe hinausgehen und bedenklich sein. Urlaub werde so liberal wie möglich erteilt.

**Abg. Funck (fr. Wp.)** wendet sich zunächst gegen den Abg. von Savigny und meint, das allgemeine Rechtsempfinden werde dahin führen, daß aus dem Anspruch auf Urlaub ein Rechtsanspruch werde.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abg.

**v. Savigny, Funck, König** begründet

**Abg. v. Horn (1.)** einen Antrag, die Regierung zu ersuchen, gegenüber den herrschenden Mißständen auf dem Kohlenmarkt im Rahmen der Staatseisen-

bahn-Verwaltung Maßnahmen zu treffen, welche geeignet sind, für die Zukunft eine Schädigung des inländischen Kohlenverbrauchs möglichst zu verhüten.

Der Antragsteller meint, es sei nötig, gegen die Kohlennot Maßregeln zu ergreifen nicht erst, wenn die Not da sei, sondern vorzubeugen. Mit den obersteinsten Gruben habe der Minister nur auf ein Jahr abgeschlossen. Das zeige doch, daß das Syndikat dem Minister gegenüber eine andere Stellung habe. Der Minister habe eben eine üble Erbschaft angetreten. Die Preispolitik des Syndikats sei auch von den Nationalallierten angegriffen worden. Man müsse bei aller Anerkennung der wirtschaftlichen Notwendigkeit der Preispolitik doch anerkennen, daß das Kohlenmonopol die Preise dauernd nach oben reguliert habe. Die Kohlenknappheit werde durch Ausfuhr aufrecht erhalten.

**Minister Breitenbach** erteilt auf seine in den letzten Tagen abgegebenen Erklärungen über den Abschluß mit dem Syndikat. Daraus habe er als Preisverbündener nur zugestanden, was es sei als Erhöhung der Selbstkosten nachgewiesen habe. Mit Obersteinsten habe er nur auf ein Jahr abgeschlossen, weil ihm die geordneten Preise zu hoch waren. Bezüglich der Mittel zu Abhilfe müsse er, es erweise tatsächlich unmöglich, den Bedarf der Eisenbahnen durch Ausschreibung zu decken. Es würde wahrscheinlich kein Differenz sein. Die reinen Kohlenausfuhrtarife nach Frankreich, Italien und der Schweiz werden festgesetzt werden. Die Mittel der Eisenbahnverwaltung seien also gegenüber dem Kohlenmangel bedingt erschöpft.

Hierauf befragt sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr. Fortsetzung

Schluss nach 4/4 Uhr.

**Totales.**

— **Lebhaft** Klagen über die Spielautomaten beschäftigten unangelegentlich das Polizeipräsidium. Eltern beschwerten sich, daß ihre Kinder sie bestehlen, um die Großen mit dem Automaten wieder zu verlieren. Frauen beklagen sich über ihre Männer, die Sonntags ihren ganzen Wochenlohn dem Spielteufel opfern, sich dann vor Ärger berufen und obenrein ihre Familien, die sie darben lassen, noch mißhandeln. Viele Klagen sind nicht unbegründet. Es ist nicht zu leugnen, daß das Spielautomatenwesen zu einem Unheil ausgeartet ist, aber es fragt sich, ob die Polizei ihm abhelfen kann, so lange sich die Geräte über diese neuen Mittel zur Verschlingung der Spielbegeisterten nicht klar sind. In Berlin bestehen schon über 60 Automaten-Varietés, von den zahllosen Spielautomaten in den Kneipen ganz zu schweigen. Man unterscheidet mit einer Feinheit verleihe Hebelautomaten, die im Glanzfall den doppelten Einsatz oder eine Spielmarke herausgeben, und Schlagsautomaten, bei denen man auf das eingetaste Gebild unmittelbar oder durch das Mittel eines Ringes schlägt. Gegen die Hebelautomaten ist die Polizei bei Gericht nicht durchgedrungen. Dieses nimmt an, daß bei ihnen der Gewinn nicht wie oben einem glücklichen Zufall, sondern zum Teil auch von einer gewissen Geschicklichkeit abhängt. Das trifft zu. Aber ebenso richtig ist, daß ein Kleiner Korrekturen sehr leugnen wieder zu begenügen pflegen. Hat ein Spieler sich erst eingepflegt, daß seine Geschicklichkeit in der Tat einen gewissen Einfluß gewinnt, so lockert man die Feder ein wenig oder zieht sie, je nach, dem etwas an, und nun kann auch der geschickteste wieder von neuem angefaßt und ist einstweilen auf nichts anderes als sein Glück angewiesen. Welchen Erfolg die Polizei mit ihrem Vorgehen gegen die Schlagsautomaten haben wird, sieht noch dahin. In Potsdam hat neuerdings das Gericht zu gunsten der Polizei entschieden. In anderen Fällen schwebt das Verfahren noch. Noch mehr als die einzelnen Automaten sind die Automaten mehr als die einzelnen Automaten, in denen sehr Mann spielfähig in den Varietés, in denen sehr Mann spielfähig spielen können, auf die Bekämpfung der Spielbegeisterten zugewandt. Die Bekämpfung der Klagen durch die Einwohnervereine haben die Polizeipräsidien von Stenbrennens herab, sich in den letzten Tagen verschiedenes solcher Varietés selbst anzusehen. Das Kinder unter 14 Jahren keinen Zutritt haben, ist überall angeordnet. Aber das Verbot wird keineswegs überall befolgt. Das das Vorgehen gegen die Automaten auch seine zweite Seite hat, ist nicht zu leugnen, denn es sind in dieser Automatenindustrie nicht nur große Kapitalien angelegt, sondern auch viele Arbeitskräfte beschäftigt.

— Der seit 1866, also seit 42 Jahren im städtischen Ehrenamt tätige Geh. Ober-Reg.-Rat Richard Harber, Schillingstraße 7, ist im 73. Lebensjahre gestorben und wird morgen, Sonntag, in Potsdam zur letzten Ruhe beisetzt. Harber war seit 1866 Mitglied der städt. Eritigungs-Deputation. Der Magistrat und die städtischen Verwaltungen, denen der Verstorbenen als Bürgerdeputierter nachgehenden hat, werden durch Abordnungen bei der Beisetzung vertreten sein.

— Dem bekannten Gerichtschemiker Dr. Paul Jelechik hat die k. photographische Gesellschaft in Wien für seine hervorragenden Leistungen auf dem Gebiete der Kriminalphotographie die silberne Vereinsmedaille verliehen.

— Herr **Andolph Herzog**, dem Chef des bekannten Weltlaufes gleichen Namens, ist, wie „Der Confectionair“ mitteilt, der Kronenorden bedient worden.

— Die gegen den Schriftsteller **William Greer Scott** aus Schwanenort, der vor einigen Wochen wegen des englischen Heilmittelschwunders verhaftet worden ist, geführte Untersuchung ist so gefördert, daß eine Verurteilungsgesetz nicht mehr zu befürchten ist. Scott wird deshalb gegen eine Sicherheitsleistung von 100 000 Mark aus der Untersuchung entlassen.

— Der berüchtigte böhmische Geschäftler **Czapek** dessen Entschieden aus dem Stuttgarter Amtsgericht gefangen worden an dieser Stelle gemacht wird ist gestern wieder verhaftet worden. Czapek von den Ärzten für geisteskrank erklärt worden, hat sich aber bisher immer noch fähig gezeigt er seine Wärter und Aufseher in den Zerkennern, der er ist bisher nicht weniger als fünfmal entpflanzung in Stuttgart. Er machte dem die Zerkennern aus Volontäre unklar, indem er seine Verurteilung genöthigt habe verließ. Er ließ sich allerlei Waren besonders Spielkarten senden, die er sofort wieder verkaufte. Czapek trat unter dem Namen eines Ingenieurs Wilhelm Thurner aus Landau, auf in Wien und Duisburg auf. Er hatte originale Gewohnheit, als seine Nachfahrin dem den Ort anzugeben, den er in der nächsten Zeit sich seiner Doppelpfeifen anzuführen gedachte. Kriminalpolizei kannte diese Gewohnheit und traf Vorbereitungen zu einem Empfang des Hochapfels in Landau. Es dauerte auch nur einige Tage, ein Herr Thurner in einem Landauer Hotel abfiel. Es war Czapek, der dann sofort verhaftet wurde.

— **Ueber den Mietwert der Wohnungen** in Wilmersdorf hat das städtische Statistische Bureau des Vorortes interessante Ermittlungen angestellt deren Ergebnisse jetzt vorliegen. Danach kostet den zur Zeit leerstehenden Wohnungen eine solche zwei Zimmern im Durchschnitt 454 Mk.; es steigt sich ferner die durchschnittlichen Mietspreise für ein Zimmer auf 768 Mk., für vier auf 1134 Mk., fünf auf 1593 Mk., für sechs auf 2117 Mk., und 7 Zimmer auf 2752 Mk. Die höchsten Mietspreise werden im Berliner Bezirk in der Kantele gefordert, wozu das Hagenau-Viertel die nächsten Preise und der Ort und das Kaiserplatz-Viertel die mittleren Preise zeigen. Die 2144 leerstehenden Wohnungen präsentieren einen Gesamtmietswert von 23 Millionen Mark. Der durchschnittliche Mietspreis der vermieteten Wohnungen hat bei fast jeder Wohnungskategorie innerhalb des letzten Jahres eine Steigerung erfahren, die beispielsweise für die Wohnungen mit einem Zimmer über 13 v. H. beträgt, bei den 4 Zimmerwohnungen 8 v. H.; bei den 5 Zimmerwohnungen 7,2 v. H.; niedrigeren Sätzen, von rund 1,5 bis 3 v. H. für die Wohnungen von 6, 7 und 8 Zimmern.

— Die **Königliche Stadtbauordnungsverwaltung** hat die, vom Magistrat vorgeschlagene Verteilung an der zu Ehren des früheren Landrats Stubenrauch, des jetzigen Berliner Polizeipräsidenten, geplanten Errichtung der Borsigwerke des Kreises Teltow mit 1000 Mk. abgelehnt. Ablehnung erfolgte mit allen gegen drei Stimmen und ist darauf zurückzuführen, daß in Köpenick wegen der abnehmenden Faltung des Stubenrauch gegen die Ausdehnung des städtischen Straßennetzes von Köpenick nach Grünau, nach Alt-Glienitz große Mißstimmung herrscht. Die Verlagerung der Köpenicker städtischen Straßenbahn nach Grünau wurden 80 000 Mk. zur Schließung bewilligt, doch sollen die Eisenbahnen wegen Faltung der Kreisverwaltung vorläufig nur bis Reichsbahnlinie geführt werden.

— Die prächtige **Strandpromenade** am Tegeler See kann leider auf Tegeler Gebiet nicht in die Ausführung angelegt werden. Zwei der in Betracht kommenden Eigentümer hatten die Promenade durch unterbrochen, daß sie Bäume bis an das Ufer zogen. Zwar hatte die Gemeinde auf Freigabe des Weges gesagt, sie ist jedoch jetzt in letzter Minute mit ihrer Forderung auf Freigabe der Strandpromenade durch Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes zurückgewiesen worden. Dennoch wird die Promenade angelegt und um die in Betracht kommenden Grundstücke herumgeführt werden.

— Der **Verein der Bororte** Berlin schickte sich in seiner geschriebenen Vorstandssitzung auch mit dem neuen geschriebenen-Zarif, beschloß sich zu dem geplanten Verringerung nach abwarten zu verhalten, bis erst näheres über die Mitbestimmung der Polizeiverwaltung bekannt sei. Von Vertagung des Verbandes der Deutschen Teilerziehenden betreffs Ausdehnung des Besuchs naher der Vorstand Kenntnis einzelner Vorschläge, auf welchen Strecken Borsortverkehr zu verlängern wäre, kann der Verein erst näher treten, wenn von den ihm angeschlossenen Vereinen solche Wünsche laut werden. Das Thema „Schwebelbahn oder Standbahn“ noch einmal in die Tagesordnung der nächsten Hauptversammlung am 26. d. M. gelegt und diesmal von einem Vertreter des Schwebelbahnbundes behandelt werden, während der erste Referent für Hoch- oder Untergrundbahn eingetretet. Der Berliner Borsortverein will damit dokumentieren